SCHWEIZERISCHE GESELLSCHAFT
FÜR PRAKTISCHE SOZIALFORSCHUNG

UNIVERSITÄT BERN
FORSCHUNGSZENTRUM FÜR
SCHWEIZERISCHE POLITIK

Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 5. April 1981

**Analyse de la votation fédérale du 5 avril 1981*

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein
Mitenand-Initiative	16%	84%

Stimmbeteiligung 40%

Inhalt — Seite

Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 5. April 1981 / Ergebnisse von Repräsentativumfragen in der deutschen und französischen Schweiz

1 Die Konfliktfronten — Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen 3

2 Die Entscheidmotive 6

3 Arbeitsmarkt und Ausländerzahl in der Einschätzung der Befragten 10

Zusammenfassung der Hauptergebnisse 14

*Récapitulation des résultats principaux 16

5. Jahrgang
Mai 1981

Publikation Nr. 14

Die effektiven Abstimmungsresultate

	Mitenand-Initiative (Ja in %)
CH	16.2
ZH	15.6
BE	13.6
LU	12.7
UR	10.1
SZ	11.1
OW	8.6
NW	9.8
GL	7.1
ZG	12.3
FR	24.2
SO	13.3
BS	18.8
BL	18.0
SH	15.2
AR	10.5
AI	7.1
SG	10.1
GR	8.8
AG	11.8
TG	10.4
TI	18.2
VD	24.7
VS	13.0
NE	30.5
GE	24.1
JU	44.3

Nachanalyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 5. April 1981

Ergebnisse einer Repräsentativumfrage in der deutschen und französischen Schweiz

Die "Mitenand-Initiative für eine neue Ausländerpolitik" wurde vom Souverän ganz massiv abgelehnt. Nur etwa jeder sechste von denjenigen 40% der stimmberechtigten Schweizer, die den Gang zur Urne machten, unterstützte diese Vorlage mit einem Ja. Wie kam es zu diesem deutlichen Resultat? In Pressekommentaren wurden eine latente Fremdenfeindlichkeit sowie die Sorge um die eigenen Arbeitsplätze als Hauptmotive vermutet. Wir gehen der Frage nach, wie die Urnengänger ihren Entscheid wirklich motivierten.
Welche Merkmalsgruppen brachten der Initiative überhaupt nennenswerte Sympathie entgegen. Ist das Abstimmungsresultat wirklich eine Schlappe für die Linke, d.h., stimmte auch deren Anhängerschaft massiv Nein?
Schliesslich versucht VOX abzuklären, wie die Kenntnisse der Stimmbürger bezüglich einiger Fragen zu Arbeitsmarkt und Ausländerzahl sind.

1) Die Konfliktfronten — Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen

Zuerst haben wir wiederum abgeklärt, welche Merkmale das Stimmverhalten der Urnengänger beeinflusst haben. Dies wurde mittels Chi-Quadrat-Tests bewerkstelligt. In Tabelle 1 sind die Stimmenverhältnisse aller Merkmalsgruppen aufgeführt. Die bei der Befragung verweigerten Antworten wurden im Verhältnis der Ja/Nein-Stimmen auf die beiden Kategorien verteilt (bei allen Merkmalsgruppen mit Ausnahme der Westschweizer und der Uni-Absolventen weniger als 10%). Die gleiche Tabelle enthält auch die Information, ob die einzelnen Merkmale den Entscheid zur Mitenand-Initiative signifikant beeinflusst haben. Wir sprechen dann von signifikanten Beziehungen zwischen zwei Variablen, wenn das Signifikanzniveau mindestens 0.1 beträgt. Je kleiner diese Zahl ist, desto stärker der Zusammenhang zwischen den entsprechenden Variablen.
Obschon die Initiative insgesamt klar verworfen wurde, lässt sich doch bei fünf Merkmalen ein signifikanter Zusammenhang mit dem Stimmverhalten nachweisen. Am stärksten beeinflussten die Parteisympathie und die Bildung der Befragten deren Entscheidverhalten. In den Stimmenverhältnissen der Sympathisanten der grossen Parteien spiegelt sich bis zu einem gewissen Grad die Haltung dieser Parteien zur Initiative wider: Auf der einen Seite steht die SP, die für die Initiative eingetreten war und deren Anhänger diese zwar auch abgelehnt haben, ihr aber mit 43% Ja-Stimmen doch eine gewisse Sympathie entgegengebracht haben. In der Mitte

Tabelle 1 Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen und das Gewicht einzelner Merkmale beim Entscheid über die Mitenand-Initiative

Merkmal	Gruppe	Stimmverhalten in %		Gewicht des Merkmals in bezug auf den Entscheid	
		Ja	Nein	signifikant	Signifikanzniveau
Geschlecht	Frauen	24	76	nein	
	Männer	25	75		
Alter	20–39jährige	35	65	ja	0.01
	40–64jährige	20	80		
	65–84jährige	15	85		
Sprachgruppe	deutsche Schweiz	24	76	nein	
	Westschweiz	26	74		
Stadt/Land	Stadt	29	71	ja	0.05
	Land	19	81		
Konfession	Katholiken	26	74	nein	
	Reformierte	20	80		
Beruf	Selbständigerwerbende, leitende Angestellte/Beamte	26	74	ja	0.05
	Angestellte/Beamte in mittlerer Stellung	35	65		
	Angestellte/Beamte in unterer Stellung	17	83		
	Landwirte	11	89		
	Arbeiter	20	80		
Bildung	Primarschule	20	80	ja	0.001
	Sekundarschule	11	89		
	Berufs-, Gewerbeschule	18	82		
	Gymnasium, Technikum	40	60		
	Uni	61	39		
Parteisympathie	CVP	23	77	ja	0.001
	FdP	6	94		
	SP	43	57		
	SVP	0	100		
	LdU	29	71		
	Keine	28	72		
Pol. Integration[1]	Hoch	19	81	nein	
	Mittel	27	73		
	Tief	24	76		
Stichprobe		24	76		
effektives Abstimmungsresultat		16	84		

[1] Zum Begriff der "politischen Integration" s. VOX, Analyse der eidg. Abstimmung vom 13. März 1977, S. 4/5.

befindet sich die CVP, die anfänglich ebenfalls für diese Vorlage eingetreten war, dann aber die Nein-Parole herausgab. Auf der anderen Seite befinden sich die Anhänger von FdP und SVP, die diese Verfassungs-Initiative fast einmütig verwarfen.

Ähnlich grosse Differenzen zeigen sich bei der Bildung, wo sich ebenfalls drei Stufen ausmachen lassen: Die Absolventen von Primar-, Sekundar-, Berufs- und Gewerbeschulen lehnten die Vorlage mit jeweils 80% und mehr Nein-Stimmen überdurchschnittlich ab. Befragte mit Technikums- oder Gymnasiums-Abschluss votierten mit 60% Nein-Stimmen unterdurchschnittlich negativ, während solche mit Universitäts-Abschluss als einzige Merkmalsgruppe überhaupt die Abschaffung des Saisonnier-Statuts befürworteten. Auch das Alter beeinflusste das Stimmverhalten der Befragten deutlich, wenn auch weniger stark als die eben beschriebenen Merkmale. Die Jungen, d.h. die 20–39jährigen, waren weniger stark gegen die vorgeschlagene Verfassungsänderung als die 40–64jährigen oder gar die 65–84jährigen. Zwei weitere Merkmale, nämlich Beruf und Siedlungsart, übten einen geringen Einfluss auf das Stimmverhalten aus. Beim Beruf lässt sich kein Trend feststellen, doch fallen drei Gruppen besonders auf. Überdurchschnittlich ablehnend verhielten sich die Landwirte und Angestellten/Beamten in unterer Stellung. unterdurchschnittlich hingegen die Angestellten/Beamten in mittlerer Stellung. Stadtbewohner waren der Initiative etwas weniger negativ gesinnt als Landbewohner.

Ein typischer Gegner der Mitenand-Initiative lässt sich zwar anhand der Merkmale Parteisympathie, Bildung und Alter charakterisieren: Er ist FdP- oder SVP-Sympathisant, hat die Primar-, Sekundar-, Berufs- oder Gewerbeschule absolviert und ist über 40 Jahre alt. Dieser Idealtyp ist jedoch nicht besonders aussagekräftig. Interessanter wäre das Bild des typischen Befürworters. Diesen gibt es zwar nicht, aber immerhin kann ein der Initiative nur unterdurchschnittlich negativ gesinnter Stimmbürger skizziert werden. Dieser ist SP-Anhänger, hat Gymnasium, Technikum oder Universität absolviert und ist 20 bis 39 Jahre alt. Gerade in diesem Bild wird deutlich, dass es der SP nicht gelungen ist, ihre eigentliche Klientel von der von ihr herausgegebenen Ja-Parole zu überzeugen.

An dieser Stelle muss noch auf ein Resultat hingewiesen werden, das nicht unerwähnt bleiben darf. Wir haben schon mehrmals festgestellt, dass das Stimmenverhältnis unserer Stichprobe vom effektiven Abstimmungsresultat abwich. Dies kommt meist dadurch zustande, dass einige Befragte ihre Angaben anlässlich der Nachbefragung dem "Sieger" anpassen. Eine Anpassung an den "Verlierer" ist dagegen selten. In der vorliegenden Untersuchung fand offensichtlich eine Anpassung in der zweitgenannten Richtung statt. Der Grund dafür ist zweifellos darin zu suchen, dass verschiedene Leute, die eher gegen die Fremdarbeiter eingestellt sind oder Angst vor der Überfremdung haben, dies nicht offen bekennen und konsequenterweise angeben, für die Mitenand-Initiative gestimmt zu haben. Nun scheint dieser Mechanismus in der deutschen Schweiz stärker zu spielen als in der Romandie. Für die dargelegte Vermutung sprechen zwei Tatsachen. Erstens geht aus den effektiven Resultaten nach Kantonen (siehe Seite 2) hervor, dass die Westschweizer Kantone deutlich höhere Ja-Stimmenanteile aufweisen als die Deutschweizer Kan-

tone. Es muss mit einiger Sicherheit dem beschriebenen Mechanismus zugeschrieben werden, dass gemäss Tabelle 1 für die Sprachgruppenzugehörigkeit kein signifikanter Einfluss nachgewiesen werden kann. Ein weiterer Hinweis wird im nächsten Abschnitt erwähnt.

2) Die Entscheidmotive

War das massive Votum gegen die Mitenand-Initiative bloss ein Nein zur Aufhebung des Saisonnier-Statuts, oder war es ein allgemeineres Nein aus Angst vor der Überfremdung? Wir gehen hier also der Frage nach, wie die Urnengänger ihren Entscheid begründeten. Dies konnten sie vorerst auf eine offene Frage hin tun. Später wurden sie dann mit mehreren Pro- und Contra-Argumenten konfrontiert, wobei sie sich mit jedem einzelnen "voll einverstanden", "einigermassen einverstanden", "eher nicht einverstanden" oder "überhaupt nicht einverstanden" erklären konnten.
Tabelle 2 enthält die Ergebnisse der offenen Frage nach den Gründen des Ja bzw. des Nein. Der überwiegende Teil der *Befürworter* gab an, allgemein aus Gründen der Menschlichkeit der Initiative zugestimmt zu haben. Etwas mehr auf den Inhalt der Vorlage gerichtet, gaben 11% der Ja-Sager den möglichen Familiennachzug, das Zusammenbleiben der Familien der Saisonniers als Grund für ihr positives Votum an. Spontan und explizit gingen nur 4% der Befürworter auf einen der Hauptstreitpunkte ein, nämlich die Frage, wieviele Ausländer nach Annahme der Initiative zusätzlich in die Schweiz kommen würden. Sie fanden, diese Zahl sei gering und aktualisiere das Überfremdungsproblem nicht.
Interessanter ist die Analyse der Entscheidmotive der *Gegner* der Mitenand-Initiative. Ein erster Blick auf die Liste der Nein-Motive in Tabelle 2 zeigt, dass es nicht die wirtschaftlichen Gründe sind, die im Vordergrund stehen. Wichtigstes einzelnes Motiv ist die Angst vor der Überfremdung, ja sogar davor, dass die Ausländer bald über die Schweizer bestimmen würden. 21% der Gegner stimmten aus diesem Grund Nein. Etwas weniger, nämlich 19%, fanden, die Initiative gehe zu weit, sie sei undurchführbar. Hinter diesen nicht näher umschriebenen Antworten dürften sich zum Teil ähnliche Befürchtungen verstecken, wie sie das erste Nein-Motiv beinhaltet. Auch das drittwichtigste Nein-Motiv ist eng verwandt mit der Überfremdungsangst: 17% der Nein-Sager stimmten deshalb gegen die Vorlage, weil sie finden, es gebe bereits genug Ausländer in der Schweiz; mehr seien nicht erwünscht. Die wirtschaftlichen Gründe, die Angst vor der Wohnungsnot, die Bedenken wegen der Arbeitsplätze für Schweizer sowie die Sorge für das Wohlergehen der auf die Saisonniers angewiesenen Wirtschaftszweige treten etwas in den Hintergrund. Sie wurden von zusammen 26% der Gegner vorgebracht. Es erstaunt nicht, dass die wirtschaftlichen Motive nicht an erster Stelle stehen, herrscht doch im gegenwärtigen Zeitpunkt in der Schweiz kaum Arbeitslosigkeit. Was hingegen schon eher erstaunt, ist die Tatsache, dass die Überfremdungsangst und möglicherweise gar eine gewisse Fremdenfeindlichkeit latent nach wie vor vorhanden sind. Diese sind offensichtlich von der Initiative – wenn auch entgegen der Absicht der Initianten – direkt angesprochen worden.

Es bleibt noch zu untersuchen, bei welchen Gruppen einzelne Motive bedeutend über- oder untervertreten sind. Dies ist nur für die Gegner sinnvoll. Die Deutschschweizer argumentierten nicht stark abweichend von der Gesamtheit der Gegner, während die Romands doch unterschiedliche Gewichte setzten. Für die letztgenannten spielte das Argument "Wohnungsnot" keine Rolle (nur 2% der Nennungen), die Priorität der Schweizer bezüglich der Arbeitsplätze wurde dagegen überdurchschnittlich oft genannt. Beim Motiv der Wohnungsnot, das fast ausschliesslich von Deutschschweizern genannt wurde, könnte es sich um ein "Ausweich-Motiv" handeln, das zum Teil auch von denjenigen Befragten vorgebracht wird, die nicht sagen wollen, dass sie primär gegen die Ausländer gestimmt haben.
Die Arbeiter begründeten ihr Nein überdurchschnittlich oft mit der Angst vor der Überfremdung (30% der Nennungen), die Landwirte ihrerseits waren besonders oft der Meinung, es gebe bereits genug Ausländer in unserem Lande (26% der Nennungen).
Eine Interpretation der Antworten auf die geschlossenen Motiv-Fragen ist nicht einfach. Ein flüchtiger Blick auf die Tabellen 3 und 4 zeigt nämlich, dass zumindest die Gesamtheit der Befragten (Kolonne "Total") die verschiedenen Pro- und Contra-Argumente nicht stark unterschiedlich beurteilte. Nur das dritte Pro-Argument fällt aus dem Rahmen. Es erreichte die deutlich geringste Zustimmung seitens der Gesamtheit der Befragten. Immerhin sind 42% der Befragten voll oder einiger-

Tabelle 2 Entscheidmotive

Motiv	% der Nennungen
Ja-Motive	
– Humanitäre Gründe / Menschlichkeit / Gleiche Pflichten, gleiche Rechte	70
– Zusammenbleiben der Familien / Familiennachzug	11
– Keine Überfremdung / Gibt nicht soviele Leute zusätzlich	4
Undifferenziert / Weiss nicht	9
Nein-Motive	
– Überfremdung / Ausländer sollen nicht über uns bestimmen / Schweizer bald Untertanen	21
– Undurchführbar / Geht zu weit / Zu extrem	19
– Genug Ausländer / Gäbe mehr Ausländer	17
– Wohnungsnot / Infrastruktur überlastet	12
– Erst eigene Leute beschäftigen / Arbeit primär für Schweizer	9
– Einzelne Wirtschaftszweige angewiesen auf Saisonniers	5
Undifferenziert / Weiss nicht	8

Tabelle 3 Das Gewicht einzelner Pro-Argumente

Argument	"voll einverstanden" in %. In Klammern Antwortgruppen 1+2 (1 = "voll einverstanden", 2 = "einigermassen einverstanden")		
		Stimmverhalten	
	Total	Ja	Nein
(1) Mit der Mitenand-Initiative wollen wir die Einwanderung beschränken, indem nur so viele erwerbstätige Ausländer hereingelassen werden, wie im Vorjahr ausgereist sind.	38 (66)	33 (62)	46 (74)
(2) Wir wollen jene Gewerbezweige, die hauptsächlich Saisonniers beschäftigen (Gastgewerbe und Baugewerbe usw.), dazu veranlassen, den Ausländern bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu bieten.	47 (71)	80 (91)	41 (70)
(3) Diejenigen Ausländer, die nur für je eine Saison, also maximal 9 Monate (Saisonniers) in die Schweiz kommen, müssen mit denjenigen Ausländern gleichgestellt werden, die eine Aufenthaltsbewilligung haben, also lange Zeit da bleiben können.	24 (42)	53 (70)	15 (29)
(4) Wir wollen nicht, dass man Saisonniers bloss als Arbeitskräfte engagiert, die man jederzeit beliebig abschieben kann. Wir fühlen uns ihnen gegenüber menschlich verpflichtet.	43 (75)	88 (96)	31 (72)

massen einverstanden, die Saisonniers mit den übrigen Ausländern gleichzustellen und damit das Saisonnier-Statut faktisch abzuschaffen. Auch die Gegner der Mitenand-Initiative wollen die Arbeits- und Lebensbedingungen der Saisonniers verbessert wissen (70% von ihnen sind voll oder einigermassen einverstanden mit Pro-Argument (2)). Die Revision des Ausländergesetzes ist also trotz der Ablehnung der Mitenand-Initiative notwendig. Die relativ hohe Zustimmung der Nein-Stimmenden zum Pro-Argument (1) zeigt im Grunde genommen, dass es diesen darum geht, die Zahl der Ausländer in der Schweiz nicht grösser werden zu lassen.

Die Antworten der Ja-Stimmenden auf das Pro-Argument (4) bestätigen die Ergebnisse der offenen Motiv-Frage: Wer für die Initiative stimmte, wollte primär den Ausländern gegenüber mehr Menschlichkeit ins Spiel bringen.

Auch bei den Gegnern bestätigt sich die These, die aus den Antworten auf die offene Frage gebildet wurde: Am meisten hat die Angst vor der Überfremdung zu deren Nein beigetragen. Die eher wirtschaftlichen Gründe wie Angst um Randgebiete und Arbeitsplätze für Schweizer beschäftigen zwar auch eine Mehrheit der Gegner der Initiative, aber nicht in demselben Ausmass wie die Überfremdungsangst.

Tabelle 4 Das Gewicht einzelner Contra-Argumente

Argument	"voll einverstanden" in %. In Klammern Antwortgruppen 1+2 (1 = "voll einverstanden", 2 = "einigermassen einverstanden")		
		Stimmverhalten	
	Total	Ja	Nein
(1) Wenn man die Saisonarbeiter ihren Arbeitsplatz *frei* wählen lässt, dann werden sie nicht mehr dort arbeiten, wo sie dringend nötig sind (wie in Randgebieten und Gebirgstälern).	41 (66)	14 (37)	55 (79)
(2) Wir können in einer Zeit drohender Arbeitslosigkeit nicht arbeitslos gewordene Ausländer im Lande behalten, wenn auch Schweizer arbeitslos werden könnten.	41 (62)	7 (30)	54 (73)
(3) Wenn man den Saisonniers erlaubt, sofort ihre Familien nachkommen zu lassen, haben wir wieder eine Überfremdung mit den bekannten Folgeproblemen wie z.B. Wohnungsnot.	56 (70)	15 (37)	74 (84)
(4) Für die Saisonniers ist es eine Wohltat, dass sie überhaupt in der Schweiz Arbeit finden, während sie in der Heimat darben müssten.	41 (66)	43 (60)	43 (74)

Wie oben festgestellt wurde, folgt aus den Antworten der Interviewten, dass eine entsprechende Verbesserung des Ausländergesetzes angebracht ist. VOX hat einige Bestimmungen und Meinungen zum im Entwurf vorliegenden neuen Ausländergesetz zusammengestellt und den Befragten zur Stellungnahme vorgelegt. Tabelle 5 enthält diese Fragen im Wortlaut. Die möglichen Antwortkategorien waren dieselben wie bei den geschlossenen Motiv-Fragen. Einleitend ist zu dieser Tabelle festzuhalten, dass nicht etwa aufgrund eines Vergleichs der Prozentzahlen der Zustimmung zu diesen Fragen gefolgert werden darf, das neue Ausländergesetz sei unpopulär. Vielmehr ist dessen Inhalt schlecht bekannt -- und übrigens auch noch nicht endgültig durchberaten und festgelegt vom Parlament. So kommen die relativ geringen Prozentzahlen der Zustimmung u.a. auch dadurch zustande, dass viele Befragte keine Meinung äussern konnten, weil ihnen kaum bekannt ist, was das neue Gesetz beinhaltet. Der Eindruck, dass Punkt (4) in Tabelle 5 die relativ grösste Zustimmung fand, muss aus diesem Grund insofern etwas abgeschwächt werden, als dieser Zustimmung auch am wenigsten Befragte mit keiner Meinung (12%) gegenüberstehen. Trotzdem gehen auch hier die zwei schon erwähnten Dimensionen als wichtigste hervor: Der Abwehrreflex gegen den definitiven Aufenthalt "zuvieler" Ausländer in der Schweiz auf Seiten der Gegner der Mitenand-Initiative sowie die Forderung nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen bei Gegnern wie Befürwortern. Kurz gesagt: Beibehaltung des Saisonnier-Statuts, aber mit Verbesserungen.

Tabelle 5 Das Gewicht einzelner Bestimmungen des im Entwurf vorliegenden (neuen) Ausländergesetzes

Argument	"voll einverstanden" in %. In Klammern Antwortgruppen 1+2 (1 = "voll einverstanden", 2 = "einigermassen einverstanden"). In doppelten Klammern: keine Meinung		
		Stimmverhalten	
	Total	Ja	Nein
(1) Das neue Ausländergesetz verhindert Schwarzarbeit.	28 (42) ((25))	28 (37)	31 (47)
(2) Das neue Ausländergesetz verbessert die bisher als ungenügend empfundenen Arbeits- und Lebensbedingungen der Saisonniers.	35 (62) ((22))	44 (69)	38 (66)
(3) Es ist gut, wenn Ausländer nicht bloss wegen strafrechtlicher Vergehen, sondern schon durch einen Entscheid der Verwaltung aus anderen Gründen ausgewiesen werden können.	25 (42) ((17))	14 (17)	33 (54)
(4) Den Saisonniers sollte eine mehrjährige Wartefrist auferlegt werden, bevor sie eine definitive Aufenthaltsbewilligung erhalten.	44 (63) ((12))	20 (43)	56 (73)

3) Arbeitsmarkt und Ausländerzahl in der Einschätzung der Befragten

Da die Mitenand-Initiative direkt den Arbeitsmarkt und die Zahl der Ausländer betraf, versuchten wir zu eruieren, wie gut die Befragten über beides Bescheid wissen.

Zunächst stellten wir die Frage, wieso in der Schweiz zur Zeit fast keine Arbeitslosigkeit herrsche, während die meisten westlichen Industrieländer Arbeitslosenquoten von rund 8% haben. Tabelle 6 bringt die Antworten auf diese offene Frage. Es war natürlich nicht leicht, diese Frage zu beantworten, sind sich doch auch die Fachleute nicht einig. So sind denn auch die zwei meistgenannten Kategorien nicht Gründe für die konkrete Beschäftigungslage: 17% der Befragten gaben einfach an, es herrsche gute Konjunktur, es gebe genügend Arbeitsplätze; sie beschrieben somit nur die in der Frage dargestellte Situation mit andern Ausdrücken. Auch diejenigen 11%, die das Stereotyp vom fleissigen, arbeitsamen Schweizer wiedergaben, gingen nicht eigentlich auf die Frage ein. Der Export der Arbeitslosigkeit, den jeder zehnte Befragte angab, stellt sodann die wichtigste Nennung eines möglichen Grundes für die geringe Arbeitslosigkeit dar. Es handelt sich um ein Argument, das in der öffentlichen Diskussion zu Kontroversen Anlass gab, und zwar sowohl bezüglich der Zahl

wie auch der Modalitäten. Je neun Prozent der Befragten schreiben die gute Beschäftigungslage unseres Landes einer guten (Wirtschafts-)Politik bzw. einer besser organisierten und planenden Wirtschaft zu. Weitere Gründe, die ebenfalls von jeweils weniger als 10% der Befragten genannt wurden, sind die politische Stabilität in der Schweiz, die Schweizer Qualität (wohl im Hinblick auf den Export), einzelne florierende Branchen sowie der Kapitalimport.

Tabelle 7 enthält die Resultate jener Fragen, mit denen die Kenntnisse einiger Zahlen getestet werden sollte, und zwar für die Gesamtheit der Befragten sowie für die Urnengänger, getrennt nach Ja- und Nein-Stimmenden. Es wurden vier Kategorien gebildet, nämlich "richtig geschätzt", "unterschätzt", "überschätzt" und "weiss nicht". Am besten konnten die Befragten die Zahl der Saisonniers schätzen: 40% von ihnen siedelten diese in der Grössenordnung bis 200'000 an. Dass gerade die Saisonnier-Zahl am ehesten bekannt ist, war vorauszusehen, wurde diese doch im Abstimmungskampf öfters erwähnt. Trotzdem hatte ein Drittel der Interviewten keine Ahnung von dieser Grösse. Die Ergebnisse der übrigen Fragen dürfen nicht überbewertet werden, denn diese absoluten Zahlen sind den Leuten nicht geläufig. Interessant ist vor allem das Verhältnis der Schätzungen für die Gesamtzahl der Arbeitsplätze in der Schweiz und für die Gesamtzahl der Fremdarbeiter. Es wäre z.B. denkbar, dass die im vorherigen Kapitel aufgezeigte latente Überfremdungsangst dadurch genährt wurde, dass die erste Zahl unter-, die zweite aber überschätzt wurde. Diese Vermutung wird nicht bestätigt. Zwar wird die Zahl der Fremdarbeiter von doppelt sovielen Befragten überschätzt wie die Zahl aller Arbeitsplätze, doch bilden bei beiden Fragen diejenigen die jeweils relativ grösste Gruppe, die diese Grössen unterschätzen. Es gibt auch keine grossen Unterschiede zwischen

Tabelle 6 Wieso herrscht in der Schweiz fast keine Arbeitslosigkeit?

Grund	% der Nennungen
– Gute Konjunktur / Genügend Arbeitsplätze	17
– Arbeitswille, Fleiss / Wer arbeiten will, findet eine Stelle	11
– Ausländer nach Hause geschickt / Arbeitslosigkeit exportiert	10
– Gute Politik / Gute Wirtschaftspolitik	9
– Industrie besser organisiert / Besser planende Wirtschaft	9
– Politische Stabilität / Ordnung, Ruhe	7
– Bessere Qualität von Arbeit und Produkten	6
– Einzelne florierende Branchen, z.B. Export, Baugewerbe, Tourismus	6
– Fluchtkapital / Auslandsgeld für Investitionen	5
Weiss nicht / Keine Antwort	13

Tabelle 7 Kenntnis von Zahlen des Arbeitsmarktes und der Ausländer in der Schweiz

Frage	richtige Zahl	richtig geschätzt	unterschätzt	überschätzt	Weiss nicht
		Nennungen in Prozenten (in Klammern Urnengänger; Ja zu Mitenand / Nein zu Mitenand)			
– Wie viele Berufstätige gibt es heute ungefähr in der Schweiz, also Schweizer und Ausländer zusammengerechnet alles in allem? Diese Zahl ist etwa gleich gross wie diejenige aller Arbeitsplätze.	2'962'000	18[1] (16/20)	40 (46/40)	11 (15/11)	31 (23/29)
– Und wie gross ist die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte in der Schweiz, also die Gesamtzahl der sogenannten Fremdarbeiter?	641'000	23[2] (25/23)	30 (37/30)	22 (22/26)	25 (16/21)
– Man sagt, die Schweiz habe nur deshalb keine Arbeitslosigkeit, weil wir in der Rezession von 1974–1976 viele Ausländer heimgeschickt hätten. Wieviele Fremdarbeiter hatten damals in der Rezession etwa die Schweiz freiwillig oder unfreiwillig verlassen, was schätzen Sie?	192'000[5]	32[3] (32/32)	30 (31/36)	8 (6/5)	30 (31/26)
– Ausser den Ausländern mit Niederlassung – es sind etwa 900'000 – gibt es noch die sog. Saisonniers, also ausländische Berufstätige, die für höchstens 9 Monate pro Jahr zur Arbeit in die Schweiz kommen dürfen. Wieviele Saisonniers haben wir z.B. im letzten Sommer in der Schweiz gehabt, was schätzen Sie?	109'873	40[4] (47/44)	– –	27 (25/27)	33 (28/29)

[1] richtig heisst hier zwischen 2.5 Mio und 3 Mio
[2] richtig heisst hier zwischen 500'000 und 800'000
[3] richtig heisst hier zwischen 100'000 und 300'000
[4] richtig heisst hier bis 200'000
[5] Differenz erwerbstätige Ausländer 1974 minus erwerbstätige Ausländer 1976

Befürwortern und Gegnern der Mitenand-Initiative. Ferner trifft es auch nicht zu, dass jene Gegner, die ihr Nein mit der Überfremdung bzw. mit dem Argument "genug Ausländer" motivierten, die Zahl der Fremdarbeiter deutlich höher schätzen als die andern. Das Gefühl der Überfremdung kommt also einerseits dadurch zustande, dass die gleiche Zahl von Ausländern in der Schweiz von gewissen Befragten als bedrohlicher betrachtet wird. Andererseits spielt natürlich auch der Ausländeranteil in den Gemeinden und Regionen eine Rolle, doch wurde dieser nicht in die Untersuchung einbezogen.

Der Export von Arbeitslosigkeit während der Rezessionsjahre bildete den Gegenstand von Kontroversen in der Öffentlichkeit, wie bereits im Kommentar zu Tabelle 6 festgestellt wurde[1]. Es wurden Zahlen von bis zu 350'000 weggewiesenen Ausländern genannt. Von offizieller Seite wurde angeführt, dass der Ausländerabbau v.a. dadurch zustandegekommen sei, dass die ausgereisten Fremdarbeiter im Gegensatz zu früheren Jahren nicht oder nur teilweise ersetzt worden seien, dies im Gegensatz zu den Jahren der Hochkonjunktur. Wir fragten die Interviewten, wieviele Fremdarbeiter während der Rezessionsjahre die Schweiz verlassen hätten. Betrachtet man die Antworten zwischen 100'000 und 300'000 als richtig, dann lagen 32% der Befragten richtig, während immerhin 30% diese Zahl unterschätzten. Weitere 30% hatten überhaupt keine Ahnung von der Grössenordnung dieser Zahl und finden sich in der Kolonne "weiss nicht" wieder. Man kann aus diesen Wissenslücken schliessen, dass die Information durch das "Bundesbüechli" noch etwas umfassender hätte sein können.

[1] Vgl. dazu Eidgenössische Konsultativkommission für das Ausländerproblem, Betrachtungen zum "Arbeitslosenexport", Bern Februar 1980

SCHWEIZERISCHE GESELLSCHAFT
FÜR PRAKTISCHE SOZIALFORSCHUNG

UNIVERSITÄT BERN
FORSCHUNGSZENTRUM FÜR
SCHWEIZERISCHE POLITIK

Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 5. April 1981

Zusammenfassung

Die Mitenand-Initiative wurde am 5. April vom Souverän massiv verworfen. Trotz des eindeutigen Resultats konnten signifikante Unterschiede im Stimmverhalten bei einzelnen Merkmalen nachgewiesen werden. *Am stärksten beeinflussten Parteisympathie und Bildung das Entscheidverhalten.* In den Stimmenverhältnissen der Anhänger der grossen Parteien spiegelt sich bis zu einem gewissen Grad die Haltung dieser Parteien zur Initiative wider. *Den grössten Ja-Stimmenanteil weisen mit 43% die Anhänger der SP, die für die Initiative eingetreten war, auf. In der Mitte befinden sich die Sympathiesanten der CVP mit 23% Ja-Stimmen.* Ihre Partei war anfänglich ebenfalls für diese Vorlage eingetreten, gab dann aber die Nein-Parole heraus. *Die geringsten Ja-Stimmenanteile weisen die Anhänger von FdP (6%) und SVP (0%) auf.* Auch bei der Bildung liessen sich drei Stufen ausmachen: Die Absolventen von Primar-, Sekundar-, Berufs- und Gewerbeschulen lehnten die Vorlage überdurchschnittlich stark ab. Befragte mit Technikums- oder Gymnasiums-Abschluss stimmten unterdurchschnittlich negativ (40% Ja), während solche mit Universitäts-Abschluss als einzige Merkmalsgruppe überhaupt die Mitenand-Initiative annahmen (61% Ja). *Weiter beeinflussten das Alter, der Beruf und die Siedlungsart der Befragten deren Stellungnahme zur Initiative.* Bei der massiven Ablehnung der Vorlage ist das Bild des Idealtyps eines Gegners nicht besonders aussagekräftig. Interessanter ist *jenes des der Initiative nur unterdurchschnittlich negativ gesinnten Stimmbürgers: Dieser ist SP-Anhänger, hat Gymnasium, Technikum oder Universität absolviert und ist 20 bis 39 Jahre alt.* Damit wird deutlich, *dass es der SP nicht gelungen ist, ihre eigentliche Klientel von der von ihr herausgegebenen Ja-Parole zu überzeugen.*
Auf die Frage nach den Gründen des Ja gab der überwiegende Teil der *Befürworter* an, der Initiative allgemein *aus Gründen der Menschlichkeit* zugestimmt zu haben. Die Auswertung der Entscheidmotive der *Gegner* zeigte, dass es nicht die wirtschaftlichen Gründe sind, die im Vordergrund stehen. *Wichtigstes einzelnes Motiv ist die Angst vor der Überfremdung;* sie wurde von 21% der Gegner als Grund für ihr Nein genannt. Weitere 19% der Nein-Stimmenden fanden, *die Initiative gehe zu weit,* sie sei undurchführbar. Hinter diesen nicht näher umschriebenen Antworten dürften sich z.T. ähnliche Befürchtungen verstecken, wie sie das meistgenannte Nein-Motiv beinhaltet. Ebenfalls verwandt mit der Überfremdungsangst ist das drittwichtigste Entscheidmotiv der Gegner: 17% von ihnen stimmten deshalb Nein, weil sie finden, *es gebe bereits genug Ausländer in der Schweiz,* mehr seien nicht erwünscht. Etwas *in den Hintergrund treten dagegen die wirtschaftlichen Gründe. So begründeten zusammen nur 26% der Nein-Sager ihre Ablehnung mit der Angst*

vor der Wohnungsnot, den Bedenken wegen der Arbeitsplätze für Schweizer sowie der Sorge für das Wohlergehen der auf Saisonniers angewiesenen Wirtschaftszweige.
Eine Überprüfung der offenen Motiv-Frage mit Hilfe von geschlossenen Fragen bestätigte die Ergebnisse: Am meisten hat die Überfremdungsangst zum Nein beigetragen. *Die Revision des Ausländergesetzes ist trotz der Ablehnung der Mitenand-Initiative notwendig, denn auch die Gegner wünschen mehrheitlich eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Saisonniers.*
Eine Frage zum im Entwurf vorliegenden neuen Ausländergesetz ergab ebenfalls die schon erwähnten Dimensionen: Abwehrreflex gegen den definitiven Aufenthalt "zuvieler" Ausländer in der Schweiz seitens der Gegner der Mitenand-Initiative sowie die Forderung nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen für Saisonniers seitens der Befürworter und Gegner. Kurz gesagt: *Beibehaltung des Saisonnier-Statuts, aber mit Verbesserungen.*
Die Mitenand-Initiative betraf direkt den Arbeitsmarkt und die Zahl der Ausländer. Deshalb versuchten wir zu eruieren, wie gut die Befragten über beides Bescheid wissen. *Auf die Frage, wieso in der Schweiz im Gegensatz zu andern westlichen Industrieländern gegenwärtig fast keine Arbeitslosigkeit herrsche, gab jeder zehnte Befragte an, die Schweiz habe die Arbeitslosigkeit exportiert.* Zwei wichtige Antwortkategorien, die von 17% bzw. 11% der Interviewten genannt wurden, sind "gute Konjunktur" und das Stereotyp vom fleissigen, arbeitsamen Schweizer. Diese können aber nicht als Gründe für die konkrete Beschäftigungslage gelten. Weitere Nennungen, die von jeweils weniger als 10% der Befragten gemacht wurden, sind eine gute (Wirtschafts-)Politik, eine besser organisierte und planende Wirtschaft, die politische Stabilität, die Schweizer Qualität, einzelne florierende Branchen sowie der Kapitalimport.
Über die Anzahl der Saisonniers wussten die Befragten relativ am besten Bescheid: 40% von ihnen siedelten diese in der Grössenordnung bis 200'000 an und lagen damit richtig. Ein Drittel der Interviewten hatte keine Ahnung von dieser Zahl. *Schliesslich konnte die Vermutung, dass die Gegner der Mitenand-Initiative oder zumindest jene von ihnen, die ihr Nein mit der Überfremdungsangst begründeten, die Zahl der Fremdarbeiter wesentlich höher einschätzen als die anderen, nicht erhärtet werden.*

SOCIETE SUISSE
DE RECHERCHES SOZIALES PRATIQUES

UNIVERSITE DE BERNE
CENTRE DE RECHERCHE
DE POLITIQUE SUISSE

Analyse de la votation fédérale du 5 avril 1981

Récapitulation des résultats principaux

Le 5 avril 1980, l'initiative populaire «Etre solidaires» a été largement repoussée par le souverain. Malgré ce refus manifeste, des différences ont été observées dans le comportement électoral des groupes caractérisés. *C'est ainsi que la sympathie partisane et la formation ont été les deux facteurs qui ont particulièrement influencé le comportement des électeurs.*

Toutefois, les sympathisants des quatre grandes formations politiques du pays n'ont pas toujours fait preuve d'une discipline partisane exemplaire. *Avec 43% de oui, les électeurs proches du PSS n'ont que partiellement suivi l'avis de leur parti qui s'était pourtant prononcé en faveur de l'initiative. Avec 23% de oui, l'électorat PDC a fait preuve d'un peu plus de discipline partisane.* Il est vrai que ce parti, avant d'en recommander le rejet, avait soutenu l'initiative. *Enfin, l'approbation la plus faible a été enregistrée dans les rangs du PRD (6% de oui) et de l'UDC (0% de oui).*

Le niveau de formation a également joué un rôle notoire dans le refus ou non de l'initiative. Les personnes qui ont fréquenté l'école primaire ou secondaire, fait un apprentissage ou suivi des cours dans une école professionnelle forment une catégorie particulièrement rejetante. En revanche, celles issues d'un technicum ou d'un gymnase n'ont repoussé l'initiative qu'à une faible majorité (40% de oui), alors que celles qui ont fréquenté l'université constituent l'unique groupe acceptant (61% de oui). *L'âge, la profession et le fait d'être citadin ou campagnard a également influencé le vote.* Dans la mesure où cette initiative a été massivement rejetée, il n'est par conséquent superflu de dresser un portrait de l'adversaire type. Toutefois, il est plus intéressant de décrire *le type idéal de l'électeur proche de la catégorie qui a le moins nettement repoussé l'initiative. Ce dernier est un sympathisant socialiste, a fréquenté le gymnase ou l'université et est âgé entre 20 et 39 ans. Il correspond cependant à une frange minoritaire des sympathisants du PSS, puisque la majorité d'entre eux n'ont pas suivi le mot d'ordre de leur parti.*

En ce qui concerne les raisons qui ont motivé le oui, la plupart des *tenants* ont invoqué *l'aspect humanitaire* du problème. Quant aux motifs qui ont incité les *adversaires* à décliner l'initiative, *l'analyse montre que ceux-ci étaient plus préoccupés par l'emprise étrangère que par des considérations d'ordre économique.* 21% des adversaires ont invoqué la trop forte emprise étrangère, tandis que 19% ont estimé *que l'initiative allait trop loin* et qu'elle n'était concrètement guère réalisable. Derrière cette dernière réponse peu explicite se profile probablement un motif identique a celui invoqué par la majorité des rejetants. La crainte d'une trop

forte emprise étrangère a également été mis en évidence par 17 % des opposants qui ont estimé *que le nombre d'étrangers séjournant dans notre pays était suffisant* et qu'il n'était pas nécessaire d'en accueillir davantage. *Viennent ensuite, mais à un degré moindre, des considérations d'ordre économique. 26% des réfractaires ont motivé leur non par la crainte d'une pénurie de logements, d'un manque d'emplois pour les ressortissants Suisses ainsi que par le souci de ne pas entraver l'activité des branches à forte utilisation de main-d'œuvre saisonnière.*

Le test réalisé au moyen de questions «fermées» et portant sur les motifs mis en évidence par des «questions ouvertes» confirme ces résultats. La crainte d'une trop forte emprise étrangère a conduit la plupart des électeurs à rejeter l'initiative. *Malgré ce vote négatif, la révision de la loi sur les étrangers s'impose. La majorité des adversaires s'est en effet prononcée en faveur d'une amélioration des conditions de travail et de vie des saisonniers.* Une question relative au projet de loi sur les étrangers tend à confirmer les tendances relevées plus haut. Les adversaires s'opposent au séjour à titre définitif d'un «trop» grand nombre d'étrangers dans notre pays, tout en souhaitant – et ils rejoignent ici les tenants de l'initiative – une amélioration des conditions de vie et de travail de la main-d'œuvre saisonnière. En d'autres termes, ils sont favorables au *maintien du statut du saisonnier, avec, cependant, certains aménagements.*

L'initiative «Etre solidaires» touche directement le marché du travail et le nombre des étrangers. Dès lors, nous nous sommes demandés jusqu'à quel point les interviewés étaient informés sur ces deux problèmes. *A la question de savoir pourquoi en Suisse, à l'inverse des autres pays industrialisés du monde occidental, le taux de chômage est faible, un interviewé sur dix a répondu que notre pays avait exporté son chômage.* A cet égard, deux grands types de réponses ont été donnés par respectivement 17% et 11% des personnes interrogées. Le premier porte sur la notion de «bonne conjoncture» et le second sur le stéréotype du Suisse travailleur et consciencieux. Ces réponses ne doivent, cependant, pas être interprétées dans le sens d'un avis porté sur la situation concrète du marché du travail. D'autres objets, tels ceux relatifs à une bonne politique économique, à une économie mieux organisée et planifiée, à la qualité suisse, aux branches florissantes ainsi qu'à l'importation de capitaux étrangers, ont été mentionnés respectivement par moins de 10% des personnes interrogées.

En ce qui concerne le nombre des saisonniers, les interviewés étaient en général relativement bien informés. 40% d'entre eux ont articulé un chiffre d'un ordre de grandeur pouvant varier jusqu'à 200'000, ce qui correspond approximativement à la réalité. *L'hypothèse selon laquelle les adversaires de l'initiative – ou du moins ceux d'entre eux qui ont motivé leur non en raison d'une trop forte emprise étrangère – allaient donner un nombre plus élevé de travailleurs immigrés, ne s'est pas vérifiée.*

PP
8001 Zürich

Im Jahre 1978/1979 wurde VOX unterstützt von:

Spenden von 2000 Franken und mehr:

Firmen/Verbände: SEVA Lotterie, Bern/Migros Genossenschafts-Bund/Schweiz. Bankverein, Basel / Schweiz. Bankgesellschaft, Zürich / Schweiz. Kreditanstalt, Zürich / Schweiz. Volksbank, Bern / COOP Schweiz, Basel / Winterthur-Versicherungen / Patria-Versicherungen / Wirtschaftsförderung Zürich-Genf

Spenden von 500—1500 Franken:

Firmen/Verbände: Hoffmann-La Roche, Basel / Dr. D. Bührle, Zürich / Sandoz, Basel / Eswa-Ernst, Stansstad / IBM, Zürich / Viscosuisse, Emmenbrücke / Alusuisse, Basel / Dr. C. Aebi, Burgdorf / Philip Morris, Lausanne / Rheinsalinen, Schweizerhalle / Bernische Kraftwerke / Nestlé, Vevey / SMUV, Bern / Schweiz. Gewerkschaftsbund, Bern

Staatliche Stellen: Kantonalbank Zug / Kantonalbank von Bern / Kantonalbank Zürich / Thurgauische Kantonalbank / Kantonalbank Basel-Stadt / Kanton St. Gallen / Stadt Basel / Kanton Zug / Kantonalbank Appenzell AR

Spenden von 200—400 Franken:

Firmen/Verbände: Wander AG, Bern / Sunlight, Zürich /Papierfabrik Biberist / Hero, Lenzburg / Weltwoche-Verlag, Zürich / Kümmerly & Frey, Bern

Staatliche Stellen: Kanton Solothurn / Stadt Solothurn / Kanton Uri / Kanton Baselland / Stadt Zug / Stadt Schaffhausen / Kanton Schwyz

Unter dem Patronat des
FORUM HELVETICUM

Zuschriften: Postfach 546, 8027 Zürich, ☎ 01/202 07 87
Copyright by GfS und FSP
Abdruck auszugsweise mit Quellenangabe gestattet